

EU plant ab 2030 Verbot für Mietwagen: Teurer umsteigen?

Die EU plant ein Verbot von Verbrennungsmotoren für Mietwagen und Firmenflotten ab 2030, was 60% des Neuwagengeschäfts betrifft.



Nachrichten AG

Vienna, Österreich - Die EU-Kommission hat Pläne angekündigt, die ab 2030 ein Verbot von Verbrennungsmotoren für Mietwagenanbieter und Firmenflotten einführen sollen. Laut **vienna.at** wären etwa 60 Prozent des Neuwagengeschäfts betroffen, was bedeutet, dass Unternehmen wie Sixt und Europcar ab diesem Zeitpunkt ausschließlich Elektroautos anschaffen dürfen. Im vergangenen Jahr wurden in der EU insgesamt 10,6 Millionen Fahrzeuge verkauft, und diese neue Regelung könnte tiefgreifende Auswirkungen auf den Automobilmarkt haben.

Die Verordnung soll im Spätsommer 2023 offiziell vorgestellt und in das parlamentarische Verfahren eingebracht werden. Für

das Inkrafttreten bedarf es jedoch der Zustimmung sowohl des EU-Rats als auch des EU-Parlaments. Eine Sprecherin der EU äußerte sich bislang nicht zu den spezifischen Details der Neuregelung.

Widerstand gegen das Vorhaben

Der CSU-EU-Abgeordnete Markus Ferber hat in einem Schreiben an Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gefordert, die Pläne zurückzunehmen. Er warnte davor, dass Unternehmen lediglich Elektroautos anschaffen würden, um die Quoten zu erfüllen, ohne tatsächlich an einer umweltfreundlichen Zukunft interessiert zu sein. Ferbers Bedenken spiegeln die Sorgen wider, dass die aktuellen Richtlinien nicht eigentliche Lösungen für Klimaprobleme bieten.

Auch Sixt-Chef Nico Gabriel äußerte sich kritisch zu dem Verbrenner-Verbot und bezeichnete es als praxisfremd. Er wies darauf hin, dass in vielen Regionen der EU noch immer ein Mangel an Ladesäulen herrscht. Dies könnte womöglich dazu führen, dass die Kosten für Mietautos steigen, was sowohl für Unternehmen als auch für Verbraucher eine Herausforderung darstellen würde.

Die Rolle der EU in der Automobilindustrie

Die EU hat bereits ein allgemeines Aus für die Neuzulassung von Autos mit Verbrennungsmotor ab 2035 beschlossen. Dieser Schritt ist Teil umfassenderer Bemühungen, die Automobilindustrie in Europa zu stärken und den Übergang zu nachhaltigerem Fahren zu unterstützen. Die **Tagesschau** berichtete, dass EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gegenüber der Industrie Gesprächsbereitschaft signalisiert hat, um das faktische Verbot von Verbrennungsmotoren zu überprüfen und technologische Neutralität zu betonen.

Der EU-Verkehrskommissar Apostolos Tzitzikostas wird in Kürze

einen Aktionsplan vorstellen, der sich mit den CO2-Normen und damit verbundenen Zielen für die Branche befassen soll. Ziel ist es, einen Anstieg im Verkauf von Elektroautos zu erreichen und gleichzeitig für mehr Zeit für die Automobilhersteller zu sorgen, um die verschärften CO2-Vorgaben einzuhalten. Dies könnte Einfluss auf die Entscheidungsträger in der EU haben, besonders hinsichtlich der angestrebten Klimaziele.

Die Diskussion um das Verbrenner-Verbot für Miet- und Firmenwagen zeigt deutlich, wie komplex die Herausforderung ist, sowohl wirtschaftliche als auch umweltpolitische Interessen in Einklang zu bringen. Während einige Akteure Fortschritte in Richtung nachhaltigerer Mobilität fordern, warnen Kritiker vor den unmittelbaren Folgen für die Autonutzung und die damit verbundenen Kosten.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	• www.vienna.at • www.hasepost.de • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at